

PRESSEMITTEILUNG

Mauterhöhung 2009 um 40 % - 90 % richtet Desaster im Mittelstand an

VVWL, Münster, 03.12.2008 – Nach den Ergebnissen einer Konferenz der Geschäftsführer der Landesverbände im Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V. in Frankfurt am Main, in der auch der Verband Verkehrswirtschaft und Logistik Nordrhein-Westfalen e.V. (VVWL) als größter deutscher Landesverband teilnahm, werden die Transportlogistikunternehmen 2009 ihre Kapazitäten um 10% bis 30% zurückfahren. Damit reagieren sie auf die schwierige Marktlage und die bevorstehende massive Mauterhöhung, die voraussichtlich Zehntausende von Arbeitsplätzen kosten wird.

Vier Wochen vor der zum 01.01.2009 von der Bundesregierung beschlossenen Mauterhöhung, die je nach Schadstoffklasse zwischen 40% und 90% beträgt, berichteten die Geschäftsführer der BGL-Landesverbände einschließlich des VVWL anlässlich einer Bundeskonferenz von desaströsen Auswirkungen auf mittelständische Verkehrs- und Logistikunternehmen. Auf Grund der schwierigen Marktlage hätten sich einige Unternehmen bereits definitiv dazu entschieden, ihren Betrieb aufzugeben. Darüber hinaus planten die Unternehmen ein Zurückfahren ihrer Kapazitäten um 10% bis 30%. Dies bleibe nicht ohne Folgen auf die Beschäftigten in der Verkehrs- und Logistikwirtschaft. Viele Mitarbeiter bekämen derzeit ihre Kündigungsschreiben. „Der Mittelstand stirbt in diesem Land politisch weiter unspektakulär“, meint dazu VVWL-Hauptgeschäftsführer Dr. Christoph Kösters. Während Banken und Großindustrie nach wenigen Tagen einen umfangreichen Schutzschirm erhalten, wird die mittelständische Verkehrs- und Logistikwirtschaft mit einer staatlich verordneten Mautinflation belastet, die historisch gesehen, aber auch im europaweiten Vergleich, ihresgleichen sucht.

Die Bundesregierung hat dieses mautbedingte Existenzvernichtungsprogramm für das deutsche Transportlogistikgewerbe nicht verhindert. Vielmehr wurde von ihr das Gesetzgebungsverfahren durch den Bundesrat gepeitscht. Betroffene Mitarbeiter und Unternehmer, die jetzt ihre Existenz und ihren Arbeitsplatz verlieren, werden dies im Wahljahr nicht vergessen.

Politisch ist die Bundesregierung nach Meinung der BGL-Geschäftsführer nicht nur eine Enttäuschung, sondern mit ihrer einseitigen Politik eine Existenzbedrohung für Tausende von Unternehmen und Zehntausende von Arbeitsplätzen.

Münster, den 03. Dezember 2008
Dr. Christoph Kösters
Hauptgeschäftsführer